

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

12. Juni 1968 - 47 / II
Einzelpreis DM 0.75

SPD: AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG NOCH IM HERBST

Willy Brandt, der SPD-Vorsitzende, ist der eifrigste Befürworter eines außerordentlichen Parteitages der SPD noch in diesem Herbst. Die meisten Mitglieder der Führungsspitze teilen seinen Wunsch. Einziges Thema: Ein Beschluß der Partei über die Einführung eines "mehrheitsbildenden Wahlrechts" noch für die Bundestagswahl 1969. Der ordentliche Parteitag in Nürnberg im Frühjahr 1968 hatte bekanntlich beschlossen, diese Frage erst auf einem Sonderparteitag zu entscheiden. Eine Wahlrechtsreform galt daher als "für 1969 gestorben". Die Landtagswahl von Baden-Württemberg und das damit für die SPD verbundene Fiasko haben die auf Einführung des Mehrheitswahlrechts eingeschworene Führungsspitze ermuntert, das Parteivolk noch in diesem Jahr auf ihre Linie zu bringen. Für die Führung spielen dabei nicht so sehr "staatspolitische Gründe" eine Rolle als innerparteiliche. Ein Mehrheitswahlrecht, das praktisch nur noch der CDU und der SPD eine Chance läßt, soll einer sich anbahnenden Parteispaltung Einhalt gebieten: Abgewanderte Wähler oder Mitglieder und Wähler, die mit einer neuen Partei am linken Flügel liebäugeln, sollen durch Einführung des Mehrheitswahlrechts vor die "krasse Alternative" SPD oder CDU gestellt werden. Die Wahlrechtskommission des Parteivorstandes, die ursprünglich nur einen "Katalog von Möglichkeiten" vorlegen sollte, wurde zur Eile angetrieben. Sie wird aber voraussichtlich keine einheitliche Empfehlung geben, sondern einen Mehrheits- und einen Minderheits-Bericht vorlegen.

Wenn auch auf dem Parteitag nach Vorstellung des Parteivorstandes keine anderen Themen außer dem Wahlrecht behandelt werden sollen, ist doch anzunehmen, daß über ad-hoc-Anträge zur Tagesordnung dem Parteitag auch andere Entscheidungen abverlangt werden. Eine Rolle dürfte dabei die Einführung eines Bundesgeschäftsführers sein, der laut Satzung nicht vorgesehen ist. Der Parteivorstand und Kandidat Wischnewski sähen es zwar nicht ungern, daß es für diesen Vorschlag ein Votum des Parteitages gäbe; sie scheuen aber eine zu einem Beschluß führende Debatte, der die Wahlkampflinie der Partei durch den Parteitag festlegen könnte. "In der Partei ist jetzt alles möglich", sagte dazu Wischnewski. Die gegen den ausdrücklichen Wunsch eines Landesparteitages erfolgte Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg dürfte die Delegierten eines Bundesparteitages in solchen Absichten bestätigen.

JUNGE LINKE WESTBERLIN: AM 30. JUNI GEGEN MIETWUCHER

Die Westberliner Junge Linke innerhalb der SPD hat beschlossen, am 30. Juni - einen Tag vor Inkrafttreten der neuen Mieterhöhungen in Westberlin - gegen die unsozialen Verhältnisse auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu demonstrieren. Wie es in dem Beschluß des Plenums der Jungen Linken heißt, wird sie dabei mit allen demokratischen Kräften inner- und außerhalb der SPD zusammenarbeiten.

RUDI DUTSCHKE: AUF JEDEN FALL IN DEN USA ARBEIT BEENDEN

"Aus der Umgebung Dutschkes in Berlin" will Springers "Welt" erfahren haben, daß Rudi Dutschke "entgegen seiner ursprünglichen Absicht" nicht in die USA gehen, sondern nach seinem Genesungsurlaub in der Schweiz nach Westberlin zurückkehren wolle. Von Rudi Dutschke selbst hörten wir, daß er auf jeden Fall in die USA gehen wird, um dort seine Doktorarbeit zu beenden. Voraussetzung dafür ist, daß er das Einreisevisum erhält - das ist anzunehmen. Nicht klar ist, in welchem Ort der USA Dutschke Wohnung nehmen wird. Rudi Dutschke hat EXTRA-Dienst jedenfalls zugesagt, exklusiv aus den USA zu berichten. - Die Entwicklung der Voruntersuchung gegen den Dutschke-Attentäter Bachmann, der von seinem ursprünglichen Geständnis, er habe Dutschke umbringen wollen, jetzt abrückte und die Schüsse als "ungewollt" hinstellte (er wollte angeblich nur diskutieren), hat Dutschke bewogen, als Nebenkläger gegen Bachmann aufzutreten. Seine Vertretung hat Rechtsanwalt Horst Mahler übernommen.

ANWÄLTE VOR GERICHT: NACH MAHLER NUN AUCH GROENEWOLD

Nach Westberlins Justiz, die dem "Anwalt der Opposition", Horst Mahler, einige Ehrengerichtsverfahren angehängt hat, ist jetzt auch die hanseatische Justiz angetreten, um den Hamburger Oppositionsanwalt Kurt Groenewold "aus dem Verkehr zu ziehen". Hamburger Studenten hatten, ohne Wissen Groenewolds, zu Ostern ein Flugblatt verteilt, in dem "Rechtsbelehrungen" erteilt wurden: Man müsse keine Aussagen vor der Polizei machen; am besten, man rufe Rechtsanwalt Groenewold an. Die Justiz betrachtet das als eine "unerlaubte und standeswidrige Werbung". Sie leitete ein Ehrengerichtsverfahren gegen Groenewold ein. - In Westberlin begann der Prozeß des Hauses Springer gegen Rechtsanwalt Mahler. Springer hat seine "Schadensersatzforderungen" gegen Mahler (EXTRA-Dienst 33/II) von ursprünglich 250 000 DM auf jetzt 506 996, 71 DM hochgeschraubt. Der Schaden an Gebäuden und Kraftwagen, der während der Anti-Springer-Demonstrationen nach dem Dutschke-Attentat entstanden sein soll, wird auf rund 190 000 DM beziffert. Springer macht Mahler als "Anführer" für die entstandenen Schäden verantwortlich. Die Differenz zwischen den 190 000 DM und der Gesamtforderung von über 500 000 DM begründet Springer mit der durch die Demonstrationen bedingten "Erhöhung der Personalkosten".

UNABHÄNGIGE SCHÜLER: NEUER VORSTAND GEWÄHLT

190 Delegierte aus 53 Gruppen beteiligten sich an der III. Delegiertenkonferenz des Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) in Frankfurt. Anträge und Entschlüsse wurden nicht behandelt: Im Herbst soll ein außerordentlicher AUSS-Kongreß sich mit der politischen Linie des Zentrums befassen. Nicht mehr für den Bundesvorstand kandidierten Leonhard und Likasik. Das bisherige Vorstandsmitglied Marcella Knipping (Essen), die anlässlich des Gründungskongresses der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in den SDAJ-Vorstand gewählt wurde, unterlag in der Vorstandswahl. Der dreiköpfige Bundesvorstand setzt sich jetzt zusammen aus Kahl (Göttingen), Theis (München) und Bart (Michelstadt).

NPD WESTBERLIN: SCHLÄGER-CHEF PIEPER SUSPENDIERT

Die NPD Westberlin wird zunehmend durch die polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen wegen des Überfalls auf die Basisgruppe in Moabit und das SDS-Zentrum am Kurfürstendamm beunruhigt (EXTRA-Dienst 46/II). Ein Mitglied der 13köpfigen Gruppe, das nicht in der NPD ist, soll "ausgepackt" und seine Mittäter schwer belastet haben. Die NPD hat gegen den Chef der Gruppe, den 1948 in Berlin geborenen Hans-Ulrich Pieper, Vorsitzender der "Peter-Fechter-Jugend" und Propagandareferent der "Jungen Nationaldemokraten", ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Um die Mitglieder der NPD nicht zu beunruhigen, hat man ein Statuten-Problem vorgeschoben: Pieper habe ein Rundschreiben verfaßt und abgesandt, ohne es mit dem NPD-Landesvorstand abgesprochen zu haben. In dem Rundschreiben soll Pieper die Angehörigen der "Peter-Fechter-Jugend" aufgerufen haben, sich Uniformen zuzulegen sowie Karate- und Schießausbildung durchzuführen. Piepers NPD-Mitgliedschaft wurde inzwischen suspendiert, ein Schiedsgericht soll über den Ausschluß entscheiden. - Keine Verfahren wurden von der NPD gegen die

beiden Kreisjugendreferenten der Partei eingeleitet, die ebenfalls an dem Überfall beteiligt waren. Es handelt sich um den 1948 geborenen Bernhard Salomon aus Berlin 30 und den 1947 geborenen Kurt Kemper aus Berlin 65.

CDU WESTBERLIN: STIMMUNGSMACHE AN DER FU

Westberlins CDU hat in ihrem nicht gerade durch zutreffende Informationen sich auszeichnenden vertraulichen Dienst "Berliner Briefe" einen neuerlichen Versuch unternommen, an der FU eine "Gegengruppe" aufzubauen, die eine Schließung der Universität "wegen des Terrors des SDS und seiner Satellitengruppen" erzwingen und damit die Staatsaufsicht erreichen soll. Die "Berliner Briefe" erfanden eine "Gruppe einflußreicher Professoren an der FU", die einen "unbefristeten Streik der Professoren und Studenten" erwägen soll. Gegen diesen Plan spräche nur noch, daß "einige Professoren sich dem Aufstand nicht anschließen und versuchen könnten, die 'Kritische' Gegen-Universität wenigstens vorübergehend räumlich in der FU aufzuziehen". Vermischt wird diese Tarennachricht mit tatsächlich erwogenen Bestrebungen einiger reaktionärer Professoren, das gegenwärtige Semester den Studenten "als Strafe" nicht auf die Studiendauer anzurechnen.

PROTEST-FESTIVAL: THEORIE DES LIEDES IN DER GESELLSCHAFT

Das Internationale Folklore-Chanson- und Protestsong-Festival 1968 (vom 12. bis 17. Juni auf Burg Waldeck) widmet sich diesmal vor allem dem Thema "Die Funktion des Liedes in unserer Gesellschaft". Referiert und diskutiert wird über "das politische Kabarett-Chanson von 1945 bis heute", "die Sozialutopie und die soziale Kritik im neuen deutschen Chanson", "das Arbeiter- und Agitprop-Theater in der Weimarer Republik", "die Theorie der Subkultur", "das Gesellschaftskritische im neuen französischen Chanson" und "die Entstehung der Southern Freedom Songs und das Lied als Agens in der Black-Power-Bewegung". Zu den wichtigsten Referenten gehören der Schriftsteller Erich Fried, die Publizisten Klaus Budzinski und Arno Klönne, Guy Carawan aus den USA und Reiner Schöne aus der DDR. Es singen u. a. Hanns Dieter Hüsch, Franz-Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Schobert & Black, Francesco Pi de la Serra, Colette Magni, Rene Zosso, Christine Sevre und Colin Wilkie. Anmeldungen bei der Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck, 5449 Dorweiler über Kastellaun (Telefon 067 62/666).

VIETNAM: ZUNEHMENDE AUFLÖSUNG DER KY-ARMEE

Einem Bericht der amerikanischen Nachrichtenagentur AP zufolge befindet sich die südvietnamesische Armee in zunehmender Auflösung. Amtlichen Saigoner Statistiken nach - von denen man annehmen muß, daß sie zudem positiv gefärbt sind - stieg die Zahl der Desertationen aus der Südarkmee seit Beginn der Offensive der Befreiungsfront um 40 Prozent. 1967 desertierten insgesamt 79 000 Soldaten der Ky-Armee. In den Monaten Februar, März und April 1968 desertierten im Monatsdurchschnitt jeweils 9000 Mann. Wenn sich die jetzige Entwicklung fortsetzt, meint Associated Press, hätte die Ky-Armee am Jahresende 100 000 Mann oder ein Sechstel ihrer Gesamtstärke durch Desertationen eingebüßt. Aus diesem Bericht von AP zitierten Westberliner Zeitungen nur den ersten Satz. Er besagt, daß sich "nach Angaben des US-Oberkommandos insgesamt 83 nordvietnamesische Vietcong-Soldaten den alliierten Truppen ergeben" haben - wobei anzumerken wäre, daß es sich überdies entweder um Nordvietnamesen oder um Vietcong-Soldaten, also Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee Südvietnams, gehandelt haben müßte.

TUNESIEN: PROTESTBEWEGUNG GRIFF AUF AFRIKA ÜBER

Die internationalisierte studentische Protestbewegung hat - von Europa nahezu unbeachtet - erstmals auf Afrika übergreifen. In Tunesien kam es an Universitäten und Oberschulen zu Protestaktionen, Streiks und Demonstrationen. Der Inhalt der Proteste richtete sich gegen die sozialreaktionäre Haltung des Regimes Burgiba und seine Anlehnung an die amerikanische Politik. Die beiden "starken Männer" Tunesiens, Innenminister As-Sibi und der Generalsekretär der Staatspartei Destour, Bahi Ladgam, kündeten "hartes Durchgreifen gegen diese ordnungswidrigen Elemente" an, die "von Kom-

munisten angeführt" gewesen seien. - Tunesien soll, wie die feudalen Königreiche Marokko und Lybien, nach amerikanischer Vorstellung dem "Cento"-Paktssystem beitreten, das sich sowohl gegen Panarabismus als auch gegen das sozialistische Lager richtet.

GRIECHENLAND: BERICHTE ÜBER ZUNEHMENDE PARTISANEN-TÄTIGKEIT

Britische Zeitungen, so der "Guardian" aus Manchester, berichten über eine zunehmende Partisanentätigkeit in Griechenland. In einem Aufruf der "Front der Patrioten" und der "Demokratischen Verteidigung" - beides Widerstandsorganisationen - wird festgestellt, daß man gegen Kollaborateure erbarmungslos vorgehen werde und dabei auch alle ausländischen Touristen, die Griechenland besuchten, als Leute betrachten würde, die mit dem Diktatur-Regime sympathisierten. "Die Widerstandsgruppen übernehmen keinerlei Verantwortung für die Sicherheit ausländischer Touristen", heißt es in der Erklärung.

BRANDT-VERURTEILUNG: "DIFFAMIERUNG UND VERSCHLEIERUNG"

Nach der Verurteilung des Sohnes des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt, Peter Brandt, zu 14 Tagen Jugendarrest, gaben der Republikanische Club, der SDS und die Falken eine Presseerklärung ab. Sie hat folgenden Wortlaut: "Das Amtsgericht Tiergarten hat den Studenten Peter Brandt wegen Auflaufs in zwei Fällen für schuldig befunden und verurteilt. Die Jugendrichterin hat es abgelehnt, auch nur einen einzigen Entlastungszeugen zu vernehmen. Insoweit wird das Urteil mit dem zulässigen Rechtsmittel angefochten. Das Gericht hat darüber hinaus die Gelegenheit benutzt, die politische Tätigkeit von Peter Brandt in der Außerparlamentarischen Opposition in diffamierender Weise als Beweis für seine mangelnde Reife auszugeben, obwohl der Vertreter der Jugendgerichtshilfe (Jugendamt Zehlendorf) und der Staatsanwalt übereinstimmend die Auffassung vertraten, daß Peter Brandt über sein Alter hinaus entwickelt sei und die Reife eines Erwachsenen habe. Die Verteidigung hatte zur Unterstützung dieser Tatsache die Vernehmung eines langjährigen Lehrers von Peter Brandt beantragt. Auch auf diesen Antrag ist das Gericht nicht eingegangen. Die Anwendung des Jugendstrafrechts ist nach der Auffassung der Jugendrichterin deshalb geboten, weil Peter Brandt eine andere politische Meinung als sein Vater vertritt und zu diesem in Opposition stehe. Den Beweis für die Unreife sieht das Gericht in der Tatsache, daß Peter Brandt - übrigens nach sorgfältiger Information - die Auffassung vertrat, daß die Justiz im Strafverfahren gegen den Studenten Fritz Teufel wegen schweren Landfriedensbruches ein Exempel statuieren wollte und Freiheitsberaubung im Amte beging. Angeblich hat Peter Brandt geäußert, daß nach seiner Meinung Fritz Teufel nur deshalb freigesprochen worden sei, weil die Studenten am Tage der Prozeßeröffnung gegen das Verfahren demonstriert hätten. In Wahrheit hat die Meinung vertreten, daß Fritz Teufel vom Vorwurf des einfachen Landfriedensbruchs vermutlich nur deshalb freigesprochen worden sei, weil über 700 Demonstranten eine Selbstanzeige erstattet hatten und die politische Justiz unter der Last von 700 Landfriedensbruchs-Verfahren zusammengebrochen wäre. Durch den Ausschluß der Öffentlichkeit ist der Justiz die Möglichkeit gegeben worden, in einem exemplarischen Einzelfall die Übergriffe der Polizei in der Meinekestraße zu verschleiern und darüber hinaus in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als würde Peter Brandt in der Außerparlamentarischen Opposition keine eigenverantwortliche Rolle spielen, sondern von dieser Opposition aufgrund jugendlicher Unreife wegen seines bekannten Namens mißbraucht. Das Gericht hat geflissentlich die Tatsache ignoriert, daß Peter Brandt seit Jahren in verantwortlicher Stellung in der Außerparlamentarischen Opposition tätig ist und allseitig als verantwortungsbewußter Partner geschätzt wird."

DISKUSSION MIT STAUDTE: "MÖRDER UNTER UNS"

Eine Filmveranstaltung mit anschließender Diskussion veranstalten der Bund der Verfolgten des Naziregimes und der Jüdische Arbeitskreis für Politik am Sonntag, 16. Juni, 18 Uhr in den Räumen der Landesbildstelle in Berlin, Levetzowstraße 1, Gezeigt wird Wolfgang Staudtes Film "Die Mörder sind unter uns". Staudte wird an der Diskussion teilnehmen. Die Veranstaltung soll Auftakt zur Gründung einer antifaschistischen Kampforganisation der Verfolgten des NS-Regimes in Westberlin sein.

PERSONALIEN

GERHARD VATER, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz im DGB, ist als Nachfolger für Ludwig Rosenberg im Gespräch. Vater gilt als "Linker". Vorgeschlagen worden soll Vater vom Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner. Rosenberg, im DGB wegen seiner Haltung in der Notstandsfrage umstritten, hat auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet. Vaters Wahl würde einen leichten Links-Ruck des DGB bedeuten - er gilt nicht als Anhänger eines Kurses, der SPD und Große Koalition "schonen" möchte.

HANS VIELREICHER, Kreisvorsitzender der NPD Schwabmünchen, ging eigenhändig gegen den Wahlslogan seiner Partei: "Jede Frau muß nachts ungestört nach Hause gehen können" an. Er wurde wegen eines nachts begangenen Sittlichkeitsdelikts (Entführung einer Frau) vom Augsburger Schöffengericht zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Partner des NPD-Mannes, dessen Partei sich der Hetze gegen Gastarbeiter verschrieben hat, bei dem gewalttätigen Sex-Unternehmen war ein türkischer Gastarbeiter.

HINWEISE DER REDAKTION

DIE GALERIE MIKRO, 1 Berlin 12, Giesebrechtstraße 12, stellt ab 11. Juni bis 6. Juli Zeichnungen und "Objekte" von Male vor; die Galerie ist jeweils ab 16 Uhr geöffnet.

LITERATUR ZUR NOTSTANDSGESETZGEBUNG hat der Landesverband der Westberliner Falken (Berlin 65, Müllerstraße 163) zusammengestellt. Das Literaturverzeichnis umfaßt 31 Titel mit Bezugsquellen; es wurden sowohl Stimmen von Befürwortern wie Gegnern der Notstandsgesetzgebung aufgenommen.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 12. Juni, 20 Uhr: Professor Gajo Petrovich spricht "Zur ideologischen Situation in Jugoslawien".

FREITAG, 14. Juni, 20 Uhr: Im Clubgespräch stellt das RC-Vorstandsmitglied Solveig Ehrler Thesen zum Thema "Die Rolle der SPD in der Strategie der Außerparlamentarischen Opposition" zur Diskussion.

GEGENDARSTELLUNG DER JUNGEN UNION BERLIN:

"1. Die im Berliner Extra-Dienst vom 27. 4. 1968 aufgestellte Behauptung, die Junge Union Berlin würde sich unter die Demonstranten mischen, um durch Steinwürfe auf Schaufenster oder ähnliche Aktionen die Polizei zum Einschreiten zu zwingen, ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß die Junge Union Berlin jede Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnt.

2. Die Behauptung des Berliner Extra-Dienstes vom 27. 4. 1968, der Vorsitzende der Jungen Union Berlin, Jürgen Wohlrabe, würde derartige Störaktionen leiten, ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß der Vorsitzende der Jungen Union u. a. in einer Presseerklärung vom 17. 2. 1968 die Jugend Berlins aufgefordert hat, sich von den geplanten illegalen Demonstrationen fernzuhalten, da nur so der notwendige Einsatz polizeilicher Mittel gegen rechtswidrige Angriffe der radikalen Elemente um den SDS gewährleistet ist.

3. Die Behauptung des Berliner Extra-Dienstes vom 8. 5. 1968, die Junge Union Berlin habe Schlägertrupps gebildet, ist falsch. Derartige Institutionen gibt es innerhalb der Jungen Union Berlin nicht. Die Junge Union Berlin ist der Auffassung, daß die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ohne Gewaltanwendung zu geschehen hat".

ANMERKUNG DER REDAKTION

Nach Paragraph 10 des Berliner Pressegesetzes muß EXTRA-Dienst jede der vorgeschriebenen Form entsprechende Gegendarstellung bringen - egal, ob die darin aufgestellten Behauptungen zutreffen oder nicht. Fest steht, daß Junge-Union-Chef Wohlrabe bei der Vietnam-Demonstration am 18. Februar mehrfach bei Schlägertrupps und Provokateuren gesehen und fotografiert wurde. Fest steht ebenfalls, daß verschiedene dieser Schläger bei Wortwechseln auf den Vorwurf, sie seien von der NPD, empört antworteten, der Jungen Union anzugehören. Anhand des umfangreichen Fotomaterials wird sich das nachprüfen lassen können. Die dementierten "Behauptungen" aus dem EXTRA-Dienst vom

27. April 1968 sind außerdem in einem Bericht über eine Pressekonferenz des Sozialistischen Maikomitees enthalten als Information eines Komitee-Sprechers, so daß zumindest Punkt 1 der Gegendarstellung an die falsche Adresse gerichtet ist.

EXTRA ÜBER UNS

HANS DIETER JAENE schreibt uns, daß zu unserer Dokumentation des Vertragsentwurfs zwischen BRD und DDR (EXTRA-Dienst 45/II) nachzutragen wäre, "daß während der Beratungen auf dem FDP-Parteitag ein paar verdeutlichende Änderungen an meinem - von Ihnen abgedruckten - Text beschlossen wurden und der Landesparteitag die so verbesserte Fassung annahm. Wem es also nicht nur um den Inhalt der FDP-Empfehlungen, sondern auch um die Form geht, in der diese Empfehlungen verabschiedet wurden, der sollte die Dokumentation des Extra-Dienstes mit dem im 'Berliner Wort - Liberale Zeitung' abgedruckten Text des Parteitagsbeschlusses vergleichen."

EXTRA-DISKUSSION

KLAUS HERRMANN: "ANALYSE STATT SIMPLIFIKATION"

Die durch einige redaktionelle Meinungsäußerungen von EXTRA-Dienst und einen aktualisierten Lenin-Text provozierte Diskussion um den Standort der verschiedenen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition hat begonnen. EXTRA-Dienst wird, wie angekündigt, fundierte Beiträge von Lesern zur Diskussion stellen. Den ersten schrieb der Westberliner Klaus Herrmann. EXTRA-Dienst bittet aber, Diskussionsbeiträge auf die technischen Möglichkeiten eines Informationsdienstes abzustellen - sie sollten nicht über den Umfang einer Druckseite hinausgehen.

"EXTRA-Dienst fährt in seinem Privat-Krieg gegen den 'linken Radikalismus' mit starken Geschützen auf (EXTRA-Dienst 46/II). Dabei macht er es sich sehr einfach. Unbekümmert um den historischen Stellenwert vereinnahmt er Lenin und tut sich hinter seinem Rücken gültlich.

Lenin versucht in seiner Schrift 'Der linke Radikalismus...' gewisse Verallgemeinerungen aus den russischen Erfahrungen zu ziehen, die in der revolutionären Situation nach dem ersten Weltkrieg auch für die westeuropäische Arbeiterbewegung Gültigkeit gehabt haben sollen. War dieses Verfahren schon zu seiner Zeit nicht unproblematisch - und sicher problematischer als es die diesbezüglichen Vorbehalte Lenins selbst wahrhaben wollten -, so klafft heute vollends ein Bruch, der jede schematische Übertragung, jede unmittelbare Nutzenanwendung verbietet. Unterschiedlich im Bewußtseinsstand zwar und dem Grad ihrer Organisiertheit nach, was sowohl negative wie positive Aspekte hatte, aber immerhin als ein Potential, mit dem in Ost- und Westeuropa für eine alternative, radikaldemokratische und sozialistische Politik gerechnet werden konnte, gab es zur Zeit Lenins eine Massenbasis, von der die Diskussion um Strategie und Taktik einer proletarischen Partei auszugehen hatte. Ökonomisch war die Situation durch die beginnenden Konzentrationsprozesse einerseits und das noch ungebrochene Fortleben des Kleinproduzententums andererseits gekennzeichnet, woraus Lenin gerade in der Radikalismus-Schrift die Notwendigkeit der bolschewistischen Organisationsprinzipien deduziert, Bernstein in Deutschland übrigens seine revisionistischen Konsequenzen zog. Ein minderer Integrationsgrad der proletarischen und halbproletarischen Massen in die bürgerliche Gesellschaft, schärfere Profilierung der Klasseninteressen, was dem Verdikt über die 'kleinbürgerlichen' Abweichungen innerhalb der Arbeiterbewegung überhaupt erst eine materialistische Grundlage gibt, der partiell fortschrittliche Charakter des bürgerlichen Parlamentarismus, der in einer historisch bedingten, relativ offenen Situation die Artikulation von Klassengegensätzen auf der politischen Bühne gestattete und gegenüber Zarismus und wilhelminischem Deutschland ein unbedingter Fortschritt war: diese Momente - um nur die wichtigsten zu nennen - charakterisieren die damalige Situation. Heute steht die radikaldemokratische und sozialistische Opposition einer fast total integrierten Gesellschaft gegenüber, in der Produktions-, Distributions- und Manipulationsapparat immer mehr zu einer Einheit im Dienst eines Herrschaftssystems verschmelzen, das die Bevölkerung nur noch zum Zweck seiner eigenen Selbsterhaltung in den Rollen von

Befehlsempfängern, Konsumenten und Akklamateuren hinter sich herschleppt. Darauf hat die Opposition mit der Ausbildung desintegrierender, tendentiell subversiver Organisationsformen und Handlungsweisen - Gegenöffentlichkeit, Gegeninstitutionen, Gegengewalt - geantwortet. Es ist vollkommen unleninistisch, diejenigen, die sich dieser veränderten Situation in vollem Ernst stellen, als 'linke Radikale' zu denunzieren, denn gerade Lenin hat niemals überkommenen Schemata getraut, sondern jede neue Situation sehr sorgfältig einer materialistischen Analyse unterzogen. Avantgarde im marxistischen Sinn ist historisch-materialistisch von den fortgeschrittensten Bereichen in der Produktionssphäre definiert. Wenn es richtig ist, daß deren Zeiger auf Aufhebung der entfremdeten Arbeit, Rücknahme in schöpferische wissenschaftliche Tätigkeit und temporäre Ausübung von Kontroll- und Überwachungsfunktionen zeigen - wie es Marx bereits in den 'Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie' 'prophezeit' hat -, dann ist die diffamierte, kleinmütige und selbstdenunziatorische Intelligenz, die den Widerspruch zwischen dem irrationalen System und seiner partiellen Rationalität, die zur ganzen werden will, gegenwärtig am stärksten existentiell zu spüren bekommt, ihrer sozialen Funktion nach in die Rolle der Avantgarde gedrängt, unabhängig von der sozialen Herkunft ihrer Träger. (Darauf zu pochen, wäre vulgärmarxistisch.) Ihre Subversivkraft kann sie nur weiter entfalten durch Koordination und Teamwork und Kooperation mit den breiten Massen, nicht aber als Appendix einer traditionell strukturierten Partei und schon gar nicht innerhalb einer Parlamentsfraktion.

Vor diesem Hintergrund sind Institutsbesetzungen, wie die des Germanischen Seminars, zu sehen, deren Sinn die vielgeschmähte Kommune besser begriffen hat als ihre Widersacher, deren Front wieder einmal von den Rechten bis zu den linken Organisationsfetischisten reicht. Ermöglicht durch die Solidarisierung breiter Teile der Studentenschaft in der Notstandsfrage, hatte diese Besetzung zunächst ihre Funktion daran, ein sichtbares Zeichen des Protestes gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag zu setzen. Dann wurde sie für die betreffende Fachschaft zum Ausgangspunkt von Diskussionen, in denen es um die Rolle ihrer Wissenschaft in der Gesellschaft auf dem Weg vom Wohlstandsstaat zum Notstandsstaat ging. So notwendig beides war: darin war der volle Sinn der Aktion noch nicht ausgeschöpft. Es mußte darüber hinaus um die Sichtbarmachung, die Versinnlichung ihres antizipatorischen Moments gehen. Das Ad-hoc-Komitee der Germanisten, das die Institutsbesetzung durchgeführt hat, beschrieb zwar in einer aus diesem Anlaß herausgegebenen Erklärung (siehe EXTRA-Dienst 43/II) sehr genau die gesellschaftliche Funktion ihrer Wissenschaft - übrigens die aller sogenannten Geistes- und Kulturwissenschaften - im gegenwärtigen System, - daß nämlich nicht mehr die selbst, sondern nur noch die von ihr produzierte Charakterbildung von Interesse sei; und es formulierte die Notwendigkeit, die Verfügung über die eigenen Produktionsmittel zu erlangen, als Vorbedingung für die Selbstbestimmung. Darin drückt sich aber zugleich auch die Unmöglichkeit aus, aus Eigenem die Spaltung zu überwinden, die den Überbau von der Basis, die materielle von der ideellen Kultur trennt. Abhandlungen über Kafka etwa werden darum nicht schon zu Produktionsmitteln, daß man sie dazu erklärt. Das Paradox wirft Fragen auf, die in die Zukunft weisen: nach der Materialisation der ideellen Kultur, die mit ihrer Verallgemeinerung zusammenhängt; nach dem Abbau überflüssig gewordener Arbeitsteilung; nach der gesellschaftlichen Kooperation zur 'Verwaltung von Sachen', den durch gemeinsame Verfügung zum Nutzen aller eingesetzten wirklichen Produktionsmitteln. Diese vorläufig noch blinde Stelle, die nur durch unsere künftige Praxis und eine Theorie, die ihr gewachsen ist, ausgefüllt werden kann, hat die Kommune während der Besetzung des 'Rosa-Luxemburg-Instituts' durch ihre Aktivitäten markiert. Auf die zu diesem Zeitpunkt einzig mögliche Weise: durch ein scheinbares Happening, das vor der Zukunft keine Tradition als zu ehrwürdig gelten läßt, auch nicht die der revolutionären Arbeiterbewegung, das Phonstärke gegen Resignation aufgebieten hat, die sich an einem schlimmen, aber doch vordergründigen Anlaß festbiß, Beat gegen den Bierernst von Diskussionen, in denen sich neben manchem Wahren die Halb- und Viertelwahrheiten spreizten. Weit entfernt davon, Nachtrab der Bewegung geworden zu sein, hat sich die Kommune in diesen Tagen vielmehr abermals als Platzhalter der Avantgarde bewährt. Wenn uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Polemik geholfen wäre, so könnte man Extra-Dienst einen Tip geben, wo die wirklichen APO-Opas zu suchen sind."

EINE REDE VON KLAUS SCHÜTZ / RANDBEMERKUNGEN von WALTER BARTHEL (IV)

Während dieser abschließende Kommentar geschrieben wird, tagt in Ostberlin die Volkskammer. Ich weiß zu diesem Zeitpunkt noch nicht, was sie (mit Moskauer Rückendeckung) beschließen wird. Seit Tagen aber liegt etwas in der Luft: Eine einseitige Neuregelung für die Zufahrtswege nach Westberlin? Die Einführung eines Visumzwanges für westdeutsche Berlin-Reisende? Finanzielle Forderungen? Wenn Sie diese Zeilen lesen, wissen Sie es womöglich schon exakt. Was auch kommen wird, es wird keine Stützungsaktion für Klaus Schütz und seine bisherige Westberliner Politik sein.

Liegt es denn wirklich "nur an Ulbricht", daß diese Stadt, in Perspektiven gedacht, nicht leben und nicht sterben kann? Ja, daß sie über ihre eigene Existenz hinaus eine Normalisierung des zwischenstaatlichen Lebens in Mitteleuropa entscheidend mit verhindert? Umdengeltenden Ansprüchen der Bonner und Schöneberger Politik zu genügen, bliebe der DDR nur, sich selbst aufzugeben. Erst dann würde "Ulbricht" für Klaus Schütz "vernünftig" handeln. Das werden die ostdeutschen Kommunisten aber vermutlich nicht erwägen, und sie haben dazu heute auch weniger Anlaß denn je: ihr Staat gewordener Klassenkampf auf deutschem Boden hat Erfolge, mehr und mehr seiner Bürger richten sich in ihm nicht nur notgedrungen ein, und er wird auch als sozialistisches Experiment zunehmend interessanter (man denke nur an das DDR-Planungssystem). Also, was muß für "Ulbricht" vernünftig sein, wenn er eine rationale Politik gegenüber Westberlin treiben will?

Er hat zwei wesentliche Möglichkeiten: Er kann die Salamtaktik fortsetzen, mal in kleineren, mal in größeren Scheiben; er kann die "Konservenbüchse Westberlin" dicht verlötet halten und abwarten, bis der letzte Frischhalte-Termin verstrichen ist. Dann würde er die Stadt eines Tages zum Schleuderpreis erhalten. Darauf zielt die gegenwärtige Politik.

Oder aber "Ulbricht" trifft in Westberlin auf bestimmende politische Kräfte, die die Stadt nicht als Rammbock für Bonn verstehen, die nicht einem Bundesfetischismus verfallen sind, die ganz pragmatisch darauf aus sind, die zwei Millionen Westberliner als die "Schweizer" oder als die "Finnen" inmitten Preußens mit ihrer politisch-geografischen Umwelt soweit zu versöhnen wie nötig und ihnen für eine lange Periode so viel Normalisierung ihres Lebens zu verschaffen wie möglich. "Ulbricht" könnte sich auf eine solche Kooperation einlassen, weil sie selbstverständlich seine staatsrechtliche Anerkennung voraussetzen würde, weil sie ihm wirtschaftlich zugute käme und weil sie ihm die Gelegenheit böte, sich als europäische Macht in koexistenziellen Abmessungen angenehm ins Spiel zu bringen.

Annamarie Doherr schrieb am Dienstag in der "Frankfurter Rundschau": "Zwischen der Illusion, es könne alles so weitergehen wie bisher, und der selbstgewählten Beschränkung auf den Status quo muß die Berliner Politik früher oder später in eine Sackgasse führen. Es ist keine Politik, lediglich zu versichern, daß 'Berlin unbeirrt seinen Weg weitergehen' werde. Es ist auch keine Politik, die Stadt nur im Auftrage Bonns zu verwalten, wie Albertz-Nachfolger Schütz das tut, auch wenn die Verantwortung für die Zukunft Berlins in hohem Maße in Bonn liegt... Aber auf die Dauer muß die politische Existenz Westberlins davon abhängen, daß die Stadt mit ihrer Öffnung nach dem Osten eine neue Funktion als Umschlagplatz zwischen Ost und West erhält." Und zum Schluß: "Der Schlüssel zur Lösung der Berlin-Frage liegt weit mehr bei den Deutschen, als mancher wahrhaben will."

Eben deshalb: Auch Bonn kommt ohne Umdenken in seiner Westberlin-Politik nicht weiter; vielleicht warten am Rhein schon mehr Leute auf "riskante" Initiativen in Westberlin als andere in Schöneberg alpdrückt. Und selbst wenn Bonn vorhätte, für alle Zeit seine Lübkes und Gerstenmaiers am Landwehrkanal schwadronieren zu lassen: Würde das am Verfall der Westberliner Lebensfähigkeit einen Deut ändern?

Da "Ulbricht" in seinem wohlverstandenen Interesse vernünftig bleiben wird, da sich das Kräfteverhältnis der Mächte in Europa nicht wesentlich ändern kann, wird der Gang in die "finnische Sauna" - mit oder ohne Schütz - nicht mehr zu vermeiden sein.

FORMIERTE GESELLSCHAFT: AM BEISPIEL DES BERLIN-KOLLEGS

Das "Berlin-Kolleg" ist eine Einrichtung des "zweiten Bildungsweges", das jungen Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung die Hochschulreife vermittelt. In jüngster Zeit wurde mehrfach bekannt, daß im Kolleg ein Stil gepflegt wird, der mit modernen Bildungs- und Erziehungsprinzipien wenig gemein hat. Einige Stipendiaten: ein 24-jähriger Stabsunteroffizier der Bundeswehr, ein 27-jähriger Feldwebel der Bundeswehr, eine 31-jährige Chemotechnikerin, ein 28-jähriger Schweißer, eine 29-jährige Korrespondentin und ein 26-jähriger Großhandelskaufmann haben über Pfingsten eine 29seitige Studie über "den Zusammenhang von pädagogischen Verhaltensweisen und Didaktik im Englischunterricht des Lehrgangs 66a" verfaßt, in dem sie sich vor allem mit der Englischlehrerin des Lehrgangs, Frau Dr. Holroyd, auseinandersetzen. Die geschilderten Vorgänge scheinen symptomatisch. EXTRA-Dienst veröffentlicht erstens Auszüge aus dem "Entwurf einer Institutsordnung aus der Feder Dr. Holroyds, zweitens Auszüge aus Gutachten von Westberliner Pädagogen zu dieser Ordnung, zum dritten Auszüge aus der Studie, die die praktische Anwendung der Disziplinartheorie darlegen. Die Dokumentation verschafft einen Einblick in das Bildungs- und Erziehungswesen einer formierten Gesellschaft.

ENTWURF EINER INSTITUTSORDNUNG

§ 37 Disziplinarische Maßnahmen seitens des Kollegs sind

- 1) mündlicher Verweis
- 2) schriftlicher Verweis
- 3) öffentlicher Verweis vor der Teilnehmervollversammlung
- 4) Redeverbot
- 5) vorübergehende Verweisung aus dem Hause
- 6) Ausschluß aus dem Berlin-Kolleg mit Hausverbot

§ 38 Die Disziplinarischen Maßnahmen werden zu den Personalakten genommen. Sie haben kumulativen Charakter. 3 mündliche Verweise führen zu einem schriftlichen Verweis; 2 schriftliche Verweise zu einem öffentlichen Verweis vor der Teilnehmervollversammlung. Das Redeverbot steht dem öffentlichen Verweis gleich. 3 öffentliche Verweise bzw. Redeverbote führen zum Ausschluß aus dem Berlin-Kolleg mit Hausverbot, dgl. die zweimalige vorübergehende Verweisung aus dem Hause.

§ 39 Die Maßnahmen nach § 37, 1 und 2 werden von der Lehrgangskonferenz verhängt, die Maßnahmen nach § 37, 3- 6 von der Gesamtkonferenz. Bei gegebenem Anlaß können die Maßnahmen nach § 37, 4 und 5 ohne Anhören irgendeines Gremiums spontan vom Leiter des Kollegs oder von dem Leiter der Veranstaltung, in der die Maßnahme notwendig wird, verhängt werden.

§ 40 Anlaß zum mündlichen Verweis kann sein

- 1) Störung des Unterrichts oder sonstiger Kollegveranstaltungen ohne zersetzenden Charakter;
- 2) unregelmäßiger Kollegbesuch;
- 3) ungebührliches Verhalten im Hause oder auf Veranstaltungen des Kollegs außerhalb des Hauses.

Anlaß zum öffentlichen Verweis ohne Kumulation geringerer Verweise kann geben

- 4) gröbliche Verletzung der Hausordnung;
- 5) gröbliche oder grob fahrlässige Behandlung von Kollegeigentum;
- 6) grob ungebührliches Verhalten.

Redeverbot ist zu verhängen bei Verletzung von Anstand und Sitte in Reden und Ansprachen von Kollegiaten und bei der Verletzung der Menschenwürde und der Würde der Bildungsstätte.

Vorübergehende Verweisung aus dem Hause wird notwendig bei Gefahr der Aufwiegelung, des offenen Widerstandes gegen Anweisungen, bei Mißbrauch des Demonstrationsrechts, u. a.

Der Ausschluß aus dem Berlin-Kolleg mit Hausverbot kann ohne Kumulation der Vormaßnahmen beschlossen werden, wenn der Tatbestand einer strafbaren Handlung bei Verhalten und Vorgängen im Rahmen von Kollegveranstaltungen gegeben ist, auch wenn strafrechtliche Verfolgung nicht angestrengt wird.

§ 41 Zum Schutze der Ordnung am Berlin-Kolleg können ohne unmittelbare disziplinarische Folgen für die Kollegiaten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 1) Einziehung von Flugblättern und zersetzenden Schriften und Abbildungen;
- 2) Aufforderung zur Beseitigung provokatorisch wirkenden Materials;
- 3) Aufforderung zur Wahrung der Würde einer Bildungsstätte durch Kleidung und Haltung.

§ 42 Die Verweigerung der Befolgung der Maßnahmen nach § 41 kann den öffentlichen Verweis oder die vorübergehende Verweisung aus dem Hause nach sich ziehen.

§ 43 Der Festigung der Disziplin dienen auch Anerkennungen. Sie können ihren Ausdruck finden als

- 1) mündliche Anerkennung
- 2) anerkennende Vermerke auf Zeugnissen
- 3) öffentliche Belobigung vor der Teilnehmervollversammlung
- 4) Aushändigung von Prämien mit entsprechendem Vermerk auf dem Zeugnis.

§ 44 Anerkennungen können beschlossen werden

- 1) zu § 43, 1 und 2 durch die Lehrgangskonferenz
- 2) zu § 43, 3 und 4 durch die Gesamtkonferenz.

§ 45 Anlaß zu einer Anerkennung kann sein

- 1) die sorgfältige und einsatzbereite Verwaltung eines Amtes
- 2) der aufopfernde Einsatz zum Wohle des Kollegs
- 3) der selbstlose Einsatz für andere.

Über den Grad der Anerkennung beschließt die zuständige Konferenz nach § 44.

PROF. DR. WINFRIED GOTTSCHALCH, Pädagogische Hochschule

"Die in dem Entwurf für eine Institutsordnung vorgeschlagenen 'disziplinarischen Maßnahmen' halte ich für ungeeignet, Konflikte innerhalb des Berlin-Kollegs zu lösen oder auch nur zu institutionalisieren. Sie mögen für Bewahranstalten tauglich sein, in Stätten der Erwachsenenbildung können sie nur Widerstand hervorrufen. Auch in anderen Schulen würde ich sie nicht verwenden.

Was sollen Formulierungen wie 'ungebührliches Verhalten', 'Störungen des Unterrichts', 'Verletzung von Anstand und Sitte', 'Aufwiegelung', 'zersetzender Charakter', 'zersetzende Schriften und Bilder'?

Abgesehen davon, daß hier die Lingua Tertii Imperii (Sprache des Dritten Reiches - nach einem Buch von Klemperer) gesprochen wird, handelt es sich rechtlich gesehen um Generalklauseln, deren Interpretation dem Leiter des Kollegs bzw. dem Leiter der Lehrveranstaltung überlassen bleibt. Zudem steht diese 'Disziplinarordnung' in Widerspruch zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die Berechenbarkeit der Sanktionen vorschreiben.

Auch in pädagogischer Hinsicht sind die vorgeschlagenen Disziplinarmaßnahmen völlig ungeeignet. Ihre Unbestimmtheit muß bei den Lernenden Angst auslösen. Nun haben Menschen, die den 2. Bildungsweg einschlagen, ohnehin auch zu viel Sozialangst. Indem sie darüber hinaus durch eine derart undemokratische Disziplinarordnung unberechenbaren Sanktionen ausgesetzt werden, muß diese Sozialangst bis zu einem Maße wachsen, das Lernen nahezu unmöglich macht, weil die seelischen Energien der Kollegiaten für Abwendung der möglichen Sanktionen absorbiert werden."

DR. WOLFGANG F. HAUG, Wiss. Ass. bei Prof. Dr. H.-J. Lieber

"Generell ist der Entwurf gekennzeichnet durch eine Verbindung von direktem Führerprinzip und ständisch-autoritärer Organisationsform. Der Entwurf ist zugeschnitten auf den Zweck der eindeutigen und einseitigen Disziplinierung der sog. Kollegiaten und versammelt zu diesem Zweck fast vollständig das Reiz-Vokabular, wie wir es vom NS her

kennen. Diese Tendenz setzt bereits bei den Begriffen von Würde, Berufsbewährung, Bildungsweg, Bildungswille, Bildungsstätte und Gemeinschaft an."

PROF. DR. WOLFGANG C. MÜLLER, Pädagogische Hochschule

"Besondere Disziplinar-Maßnahmen, die sich auf außerstrafrechtliche Tatbestände beziehen, sind überflüssig. Sie dienen nicht der Sicherung der Lernziele, sondern der Disziplinierung und Domestizierung der Kollegiaten.

Wer das Lernen durch längere Abwesenheit verweigert, schadet sich selbst. Wenn er Abwesenheit nicht benutzt, um außerhalb des Kollegs zu lernen, wird er das Ergebnis am Semesterschluß erfahren. Wer andere beim Lernen stört (ganz gleich ob Lehrer oder Kollegiat) sollte mit 2/3-Mehrheit des Lehrgangs zeitlich befristet von den Unterrichtsveranstaltungen ausgeschlossen werden können. Wer Erwachsenen nicht zutraut, ihre eigenen Lerninteressen organisieren zu können, der hält sie auch nicht für begabt und bildungsfähig und sollte sie gar nicht erst zum Studium zulassen.

Mangelnder Bildungswille ist objektiv nicht feststellbar. Objektiv feststellbar ist nur mangelnde Leistung. Der Bildungswille soll deshalb nicht durch Ordnungen sanktioniert werden."

DR. RONALD REICHWEIN, Institut für Bildungsforschung

"Diese ganze moralinsaure und bürokratische Formalisierung des schulischen Disziplinar- bzw. Sanktionsmechanismus ist zutiefst unpsychologisch und unpädagogisch und schafft ein angsteinflößendes abstraktes Repressionssystem allerschlimmster Sorte, das selbst in geschlossenen Anstalten für schwererziehbare oder kriminelle Jugendliche unwirksam und unbrauchbar seindürfte, geschweige denn in einer öffentlichen Fortbildungsanstalt, die von jungen Erwachsenen besucht wird, welche auf ihren Beruf und ihren Verdienst verzichtet haben, um sich im eigenen und im Interesse der Gesellschaft weiter auszubilden."

PÄDAGOGISCHE VERHALTENSFORMEN

Gedächtnisprotokoll und Zitate: Der Lehrgang 66a hatte sich mit Frau Dr. Holroyd geeinigt, eine Studienreise nach London zum Zwecke der Verbesserung der Sprachkenntnisse zu unternehmen. Als Zeitpunkt der Abreise war der 7. Oktober 1967 vorgesehen. Dauer: 14 Tage. Die Einwilligung der Kollegleitung lag vor. Verhandlungen über Quartier etc. waren vom Kollegiaten Brandt aufgenommen worden, Zusagen lagen bereits vor.

Anfang Juli betrat Frau Dr. Holroyd den Lehrgangsraum und gab bekannt (Zitat): "Ichahre mit Ihnen nicht nach England." In diesem Augenblick betrat der Kollegiat Brandt verspätet den Raum, Frau Dr. Holroyd sagte zu ihm (Gedächtnisprotokoll): "Das ist typisch, daß Sie zu spät kommen, so bekommen Sie sowieso nur die Hälfte mit, ich habe eben die Englandreise abgesagt. Die Begründung können Sie auch gleich von mir hören: 'Ich fahre mit Leuten nicht in das Ausland, auf die ich mich nicht verlassen kann - man hat es ja am Schahbesuch gesehen'." Brandt darauf: "Weshalb können Sie sich nicht auf uns verlassen?" Frau Dr. Holroyd (Zitat): "Sie benehmen sich schlecht, Wir sind Vertreter Deutschlands im Ausland, und Sie können Deutschland nicht würdig vertreten. Zum Beispiel Möllerings Haltung gibt zu Bedenken Anlaß, sein Hinweis 'Arabien den Arabern', so kann man nicht nach England fahren. Wenn man in einer Gruppe ist, dann identifiziert man sich mit einer Gruppenhaltung - und solch einer Gruppe schließe ich mich nicht an. Meinung kann jeder haben - aber die Haltung ist das Entscheidende."

SELBSTINTERVIEW DER GRUPPE

"Sind wir mit der Auswahl der im Unterricht behandelten Literatur einverstanden?"

"Wir haben festgestellt, daß die Art der Deutung, die uns aufgezwungen wird, irgendwo Halt macht bei den 'letzten Dingen'. Das ist kein Zufall. Da die Lehrerin - wie wir vermuten - ihre Grenzen hat, wird sie die Literatur auswählen, die sie für richtig hält. Von daher gesehen, vermuten wir, daß sie einseitig Bücher und Geschichten ausgewählt hat, die ihrer Art von Deutung nahe zu kommen scheinen."

"Woran können wir feststellen, ob diese Auswahl einseitig war?"

"Walt Whitman ist ein amerikanischer Lyriker. Im Unterricht kam er nicht zu Wort.

Whitman hat sich - wie wir hörten - in seinen Werken zum Sozialismus bekannt. Wir wollen nichts unterstellen, aber eine Lehrerin, die eine Zeitung wie die 'Frankfurter Rundschau' für kommunistisch hält, läßt vermuten, daß sie an Whitman selbst seine lyrische Sprachkunst geflissentlich übersieht, nur weil die Inhalte eben nicht von den 'letzten Dingen' handeln. Und Arthur Miller - den kennen wir aus dem Fernsehen. Da geht es um soziale Konflikte. Wenn wir den behandelt hätten, dann hätte es ja auch Konflikte im Lehrgang geben können. Henry Miller, den wir in deutscher Übersetzung gelesen haben, wollen wir überhaupt nicht nennen. Auch nicht jene amerikanischen Dichter, die in ihrer Lyrik die Schönheit der Erotik preisen. Von einer Lehrerin, die mit Gebärden des Entsetzens reagiert, wenn nur der Name Sigmund Freud genannt wird, wäre das zu viel verlangt. Stattdessen wird ein Gedicht gewählt, in dem eine Prostituierte an der Sünde stirbt. Das klingt polemisch oder ironisch, ist aber bittere Tatsache. "

"Welche Werke wurden also ausgewählt, d. h. vor anderen vorgezogen?"

"In grober Übersicht, 3xGalsworthy, 5xMaugham, dazu Graham Greene, Dickens u. a., zum Teil also gehobene Unterhaltungsliteratur. Die Tatsache, daß wir einen recht schwierigen Text von T.S. Eliot lasen, zeigt, daß das 'Einfache' nicht das bestimmende Kriterium der Auswahl gewesen sein kann. "

===== anzeige =====

BÜCHERSTUBE IM REPUBLIKANISCHEN CLUB

Karl Korsch: "Arbeitsrecht für Betriebsräte" (1922), 151 Seiten, Frankfurt/Main, 1968, DM 12.00

Auguste Blanqui: "Instruktionen für den Aufstand", 189 Seiten, Frankfurt/Main, 1968, DM 12.00

"Für eine Revision der Sexualpädagogik", 176 Seiten, München 1968, DM 9.80

Marx/Engels: "Über Bildung und Erziehung", 392 Seiten, Berlin/DDR, 1966, DM 8.10 plus 5 % MWSt.

Heynowski und Scheumann: "Piloten im Pyjama", 414 Seiten, Berlin/DDR, 1968, DM 6.50 plus 5 % MWSt.

Ota Sik: "Plan und Markt im Sozialismus", 384 Seiten, Wien 1967, DM 38.00

Bestellungen, die nicht sofort ausgeführt werden, sind nicht vergessen. Die bestellten Bücher sind dann nicht auf Lager oder vergriffen und werden sofort nach Eingang zuge stellt.

BÜCHERSTUBE IM RC, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 54 33

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 , (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: